

Auf Recht bestehen

Der Armut endlich den Kampf ansagen!

Zwar hat sich die offizielle Inflationsrate abgeschwächt und die Großhandelspreise für Energie sind gesunken. ABER: Die Preise, insbesondere für Nahrungsmittel und Energie, sind weiterhin sehr hoch und für immer mehr Menschen kaum noch oder nicht mehr zu stemmen. Trotz einiger nach dem Gießkannenprinzip verteilter Maßnahmen der Ampelregierung zum Inflationsausgleich wirken sich die Preissteigerungen für breite Teile der Bevölkerung verheerend aus. So sind der europäischen Statistikbehörde Eurostat zufolge über elf Prozent nicht imstande, sich zumindest jeden zweiten Tag vollwertig zu ernähren. Die Armut wächst rasant, ein Fünftel der Bevölkerung in der reichen Bundesrepublik gilt als arm oder „armutsgefährdet“, Kinder und Jugendliche betrifft dies sogar zu fast einem Viertel.

Die Inflation wird begleitet von einer massiven Wohnungsnot und hohen Mieten vor allem in den Städten, Sozialwohnungen bzw. „bezahlbarer Wohnraum“ generell stehen viel zu wenig zur Verfügung. Rund elf Millionen Mieterhaushalten mit Anspruch auf einen Wohnberechtigungsschein stehen nur rund eine Million Sozialwohnungen mit sinkender Tendenz gegenüber.

Die jetzige Regierungskoalition ist vor ihrer Amtsübernahme im Wesentlichen mit zwei zentralen sozialpolitischen Versprechen angetreten: der „Überwindung“ des Hartz IV-Systems und seiner Ersetzung durch ein so genanntes „Bürgergeld“ und der Bekämpfung bzw. Abschaffung der skandalösen Kinderarmut durch eine „Kindergrundsicherung“. Das Bürgergeld hat sich trotz einiger Verbesserungen im Kern als eine bloße Umetikettierung von Hartz IV erwiesen. Eine wesentliche Verbesserung im Bürgergeldkonzept sollte der Ausbau der beruflichen Qualifizierung sein. Dieses Versprechen fällt dem Haushaltsentwurf der Bundesregierung für 2024 zum Opfer, schon jetzt gibt es bei den Weiterbildungszahlen ein Minus von sechs Prozent gegenüber dem Vorjahr.

Die Kindergrundsicherung droht noch vor ihrer Einführung zu scheitern, da mit zwei Milliarden Euro nur ein Bruchteil des für ihre Umsetzung benötigten Geldes zur Verfügung gestellt werden soll.

Wir wollen uns mit der wachsenden Ungleichheit und Armut nicht abfinden und fordern daher:

- Der Eckregelsatz für alleinstehende Erwachsene muss sofort um 200 € erhöht werden, die anderen Regelbedarfsstufen entsprechend.
Darüber hinaus muss zeitnah eine Neuberechnung erfolgen, die sich an der Realität orientiert.
Hohe Inflation muss auch außerhalb der regelmäßigen Anpassung mit einer entsprechenden Erhöhung des Regelsatzes ausgeglichen werden. Denn bereits 2014 hat das Bundesverfassungsgericht den Gesetzgeber verpflichtet, dass er bei Kenntnis von „Unterdeckungen existenzieller Bedarfe“ sofort darauf reagieren müsse, „um sicherzustellen, dass der aktuelle Bedarf gedeckt sei“.
Die Stromkosten müssen aus der Regelsatzberechnung rausgenommen und in voller Höhe übernommen werden.
- Die Wohnkosten inklusive der Heizkosten müssen auch nach der einjährigen Karenzzeit in voller Höhe übernommen werden, auch für Haushalte deren Wohnkosten schon vor der

Coronakrise als unangemessen galten und daher seit Jahren nur gekürzt übernommen werden.

- Die Einführung einer antragslos zu gestaltenden Kindergrundsicherung muss Kinder und Jugendliche aus der Armut holen und eine aktive Teilhabe ermöglichen. Dazu ist eine Neuberechnung des kindlichen Existenzminimums ebenso unerlässlich wie ein Konzept, das alle Kinder erreicht, auch die, die in verdeckter Armut leben.
- Zur Verbesserung der Lage von Kindern und Jugendlichen ist außerdem ein Ausbau kostenfreier Bildungs- und Freizeiteinrichtungen dringend erforderlich, ebenso wie zum Beispiel ein kostenloses Mittagessen in Kitas und Schulen.
- Der Mindestlohn muss auf mindestens 14 Euro erhöht werden. Um zu verhindern, dass immer mehr Menschen im Alter in die Grundsicherung fallen, muss die gesetzliche Rente entsprechend angehoben werden und eine armutsfeste Mindestrente eingeführt werden. Zudem muss der BAföG-Satz dringend an die Inflationsentwicklung angepasst werden.

Wir brauchen einen Ausbau der Daseinsvorsorge insbesondere in den Bereichen sozialer Infrastruktur, Gesundheit, Bildung, Wohnung, Mobilität, Energieversorgung usw. statt eine weitere Privatisierung.

8. September 2023

* Das Bündnis AufRecht bestehen wird getragen von: Arbeitslosenselbsthilfe Oldenburg (ALSO), „ARBEITSLOS - NICHT WEHRLOS“ Wolfsburg (ANW), BASTA!, Bundesarbeitsgemeinschaft Prekäre Lebenslagen (BAG-PLESA), Bundes-Erwerbslosen-Ausschuss Gewerkschaft ver.di, Duisburger Initiative „AufRecht bestehen!“, Gewerkschaftliche Arbeitslosengruppe im DGB-KV Bonn/Rhein-Sieg, Gruppe Gnadenlos Gerech Hannover, Frankfurter Arbeitslosenzentrum e.V. (FALZ), Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen (KOS), Tacheles e.V. Wuppertal, Widerspruch e.V. Bielefeld und anderen örtlichen Bündnissen und Initiativen.